

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1389

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1389



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

John Maynard Keynes: Anmassung und Verführung

RICHARD EBELING* • Oktober 2012

Die gegenwärtige internationale Wirtschaftskrise führte zur Renaissance der ökonomischen Ideen sowie des politischen Programmes eines der bekanntesten britischen Ökonomen des 20. Jahrhunderts. Die Rede ist von John Maynard Keynes. Dies mag jene überrascht haben, welche die traditionelle keynesianische Ökonomie – um es mit Marx Worten zu sagen – bereits im „Abfalleimer der Geschichte“ wähten.

Nachdem der Keynesianismus nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr als ein Vierteljahrhundert lang eine dominante Stellung in der ökonomischen Theorie eingenommen hatte, wurde er in der späten 1960er und den 1970er Jahren zunehmend von Gegenrevolutionen aus der Makroökonomie in Frage gestellt. Zu diesen gehörten unter anderem der Monetarismus, die Angebotsökonomie, Neoklassische Theorien oder Modelle der rationalen Erwartungen, neokeynesianistische Strömungen und auch die Österreichische Schule, deren bedeutendes Mitglied Friedrich August von Hayek im Jahre 1974 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde.

Tatsache ist jedoch, dass weder Keynes noch seine Theorie jemals verschwanden oder ersetzt wurden. Der Keynesianismus dominierte weiterhin die Denkmuster einer grossen Mehrheit von Ökonomen und ihre Analysen von Schwankungen der Beschäftigung oder der Produktion.

Das Erbe von Keynes' „Nachfragemanagement Ökonomie“

Die Idee des Keynesianismus besagt im Wesentlichen, es sei Aufgabe des Staates durch den Einsatz fiskal- und geldpolitischer Mittel Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität und Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Auch wenn sich die Bedeutung einzelner Aspekte im letzten halben Jahrhundert verändert hat, so

* Der Autor ist Professor für Ökonomie an der Northwood University und Mitglied des Akademischen Beirats des Liberalen Instituts.

ist doch der Glaube geblieben, die Kontrolle über die Geldmenge und die Nachfrage sei Angelegenheit des Staates. Dieser besteht heute wie einst 1940.

Das moderne Konzept des „Nachfragemanagements“ geht auf John Maynard Keynes' Werk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ aus dem Jahre 1936 zurück. Der Einfluss des Buches und dessen Botschaft sollten nicht unterschätzt werden. Seine beiden zentralen Thesen lauten, dass die Marktwirtschaft inhärent instabil sei, und dadurch längere Perioden hoher Arbeitslosigkeit und geringer Kapazitätsauslastungen verursachen würde. Dies führt zu der Forderung, dass Staaten alle ihnen zur Verfügung stehenden fiskalischen und monetären Mittel einsetzen sollten, um diesen Krisen entgegenzuwirken. Gestützt wurde dies durch den Glauben Keynes', Politiker, welche die von ihm vorgestellten Massnahmen umzusetzen suchten, wären im Besitz des Wissens und der Fähigkeiten, die notwendig wären, um dies erfolgreich bewerkstelligen zu können. Nicht weniger bedeutsam für die Verbreitung seiner Theorie war Keynes' herausragende Überzeugungskraft. Leland Yeager beschrieb ihn wie folgt: „Keynes sah und tat was Aufmerksamkeit erregen würde: scharfe Polemik, höhnische Textpassagen und teils esoterische und schockierende Lehren.“ Keynes verfügte über ein starkes Selbstbewusstsein und war sich seiner Fähigkeit, die öffentliche Meinung und jene der Politiker zu beeinflussen, durchaus bewusst.

Friedrich A. von Hayek, der Keynes gut kannte, sprach von seinem „enormen Selbstbewusstsein [...] im Spiel mit der öffentlichen Meinung, vergleichbar mit einem Musiker, der auf seinem Instrument spielt“. Als er Keynes, kurz vor seinem Tod im Jahre 1946, zum letzten Mal sah, fragte er ihn, ob er nicht besorgt sei, dass einige seiner Anhänger seine Ideen zu radikal auslegen könnten. Keynes antwortete, Hayek solle sich nicht sorgen. Falls notwendig würde Keynes die öffentliche Meinung abermals korrigieren. Er versuchte mit einer raschen Handbewegung zu verdeutlichen wie rasch ihm dies gelingen würde. Keynes starb drei Monate später.

Noch heute vertreten angesehene Ökonomen die Meinung, keynesianische Wirtschaftspolitik sei als Mittel gegen Instabilität in der Marktwirtschaft unerlässlich. Einer dieser Ökonomen ist Robert Skidelsky, Autor der gefeierten Biografie von Keynes und des kürzlich erschienenen Buches „Keynes: The Return of the Master“.

Vor einigen Jahren meinte Professor Skidelsky, der Kapitalismus sei durch die Instabilität der Finanzinstitute gekennzeichnet, und dass Keynes' Analyse der Ursachen und Auswirkungen von Finanzkrisen äussert wertvoll blieben. Im Falle eines wirtschaftlichen Abschwungs solle die Regierung damit beginnen, Geld in die Wirtschaft zu pumpen, so wie man Luft in einen Ballon pumpt, aus dem Luft austritt.

Keynes wurde erstmals unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Während des Kriegs hatte er im britischen Schatzamt gearbeitet und 1919 war er als Berater der britischen Delegation in Versailles tätig. Frustriert von der Haltung der Alliierten gegenüber Deutschland bei den Friedensverhandlungen kehrte Keynes nach Grossbritannien zurück und veröffentlichte dort „The Economic Consequences of the Peace“, in dem er das Friedensabkommen scharf kritisierte.

Im Jahr 1923 erschien „A Tract on Monetary Reform“. Keynes forderte in seiner Abhandlung das Ende des Goldstandards und sprach sich stattdessen für staatlich kontrolliertes Papiergeld aus. Grossbritanniens Rückkehr zum Goldstandard Mitte des 1920er Jahre kritisierte er aufs Schärfste. Er war der Ansicht, die Regierungen sollten über diskretionäre geldpolitische Mittel verfügen, um die gewünschten makroökonomischen Ziele, wie Beschäftigung, Produktion und Preise erreichen zu können.

Das zweiteilige Werk „A Treatise on Money“ erschien 1930 und sollte die Stellung Keynes' als führender Geldtheoretiker seiner Zeit sicherstellen; zu einem Zeitpunkt, zu dem er bereits als einflussreicher Analyst der Wirtschaftspolitik galt. In den darauffolgenden beiden Jahren übten einflussreiche Ökonomen dieser Zeit Kritik an seiner Theorie. Sie wiesen auf Probleme in den Prämissen oder der Logik seines Modelles hin, in dem er die Zusammenhänge zwischen Investitionen, dem Sparen, dem Zinssatz, der Gesamtnachfrage und dem Gesamtangebot beschrieb. Die schärfste Kritik kam vom jungen Friedrich A. von Hayek in Form eines zweiteiligen Artikels, der zwischen 1931 und 1932 erschien.

Hayek zufolge verstand Keynes weder das Wesen der Marktwirtschaft noch die Bedeutung des Zinssatzes bei der Koordination der Geldnachfrage (Investitionen) und des Geldangebot (Sparen) zur Gewährleistung der wirtschaftlichen Stabilität. Die Aggregation von unterschiedlichsten Gütern zu

volkswirtschaftlichen Aggregaten, verzerrte in Hayeks Augen das Verständnis für die relativen Preise und die Produktionsbeziehungen innerhalb und zwischen den verschiedenen Märkten: „Mr. Keynes' Aggregate verschleiern die grundlegenden Mechanismen des Wandels.“

Keynes widmete die nächsten fünf Jahre der Wiederbelebung seiner Theorie, an deren Ende im Jahr 1936 „The General Theory of Employment, Interest and Money“, sein bekanntestes und einflussreichstes Werk stand. Er erachtete die Weltwirtschaftskrise als ein Produkt irrationalen Verhaltens, welches er für die Schwere der Krise verantwortlich machte, die in weiterer Folge zu massiven staatlichen Eingriffen, sowohl fiskalisch als auch monetär, und damit zur Erhöhung der Beschäftigung und einem Anstieg der Kapazitätsauslastung führte. Innerhalb der nächsten 50 Jahre wurden Keynes' Ideen zu einem Eckpfeiler der makroökonomischen Theorie und der Politik in der westlichen Hemisphäre und dominieren noch heute die politischen Sichtweisen vieler Menschen.

John Maynard Keynes und der „neue Liberalismus“

Welche waren also die philosophischen Prinzipien und Ideen hinter Keynes' Haltung zur Marktwirtschaft? Im Jahr 1925 hielt er eine Rede an der Cambridge Universität mit dem Titel „Am I a Liberal?“. Seiner Ansicht nach führe der Konservatismus „nirgendwohin“, entsprach keinem Ideal und keinem intellektuellen Standard und schaffte es nicht einmal, das zu bewahren, was die Menschheit bereits an Zivilisation geschaffen hatte; weshalb er es stets ablehnte, als Konservativer bezeichnet zu werden.

Er warf die Frage auf, ob er nicht der Labor Party beitreten sollte. Oberflächlich, meinte er, sei die Labor Party attraktiver; ihr beitreten würde er jedoch nicht. Die Partei sei eine Klassenpartei; er jedoch sei nicht Teil dieser Klasse. Darüber hinaus bezweifelte er die intellektuellen Fähigkeiten der Führungsriege, von der er glaubte, sie würde von „jenen kontrolliert, die überhaupt nicht wissen, wovon sie reden“.

Alles in allem sei die „Liberal Party of Great Britain das beste Mittel für künftigen Fortschritt, vorausgesetzt sie hätte eine starke Führung und das richtige Programm“, folgerte Keynes.

Diese positive Funktion könne sie jedoch nur dann übernehmen, wenn sie ihre Vorstellungen von altmodischem Individualismus und die Laissez-faire-Politik aufgeben würde, die er als Ballast der Vergangenheit betrachtete. An dessen Stelle benötige man einen „neuen Liberalismus“ der „neue Weisheit für eine neue Zeit“ beinhalten sollte. Dieser „neue Liberalismus“ sollte die ökonomische Anarchie beenden und der Politik eine Lenkung der ökonomischen Aktivität für mehr soziale Gerechtigkeit und Stabilität ermöglichen.

Ein Jahr später, 1926, hielt Keynes in Berlin einen Vortrag mit dem Titel „The End of Laissez-Faire“, in dem er sagte, es gebe keine „natürlichen Freiheiten“ der Individuen in ihren wirtschaftlichen Aktivitäten. Es gebe keine immerwährenden Rechte derer, die haben oder die verdienen. Man könne auch nicht annehmen, die Individuen, die alle ihre eigenen Ziele verfolgten, würden mit ihrem Verhalten zum Wohle der Gesellschaft beitragen.

In einer Welt „der Unsicherheit und des Unwissens“, in der es wiederholt zu Perioden hoher Arbeitslosigkeit kam, sah Keynes die Lösung dieses Problems in der „Kontrolle der Währung und der Kredite durch eine zentrale Institution“. Koordiniertes Handeln basierend auf intelligenten Einsichten der Regierung, sei notwendig, um die Sparquote einer Gesellschaft, den Anteil der Ersparnisse, die international investiert werden sollten und die Lenkung der Mittel auf die „produktivsten Bahnen innerhalb des Landes“, zu kontrollieren.

Seine Ansichten zum staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft machten Keynes keineswegs zum Sozialisten oder gar Kommunisten. Nach einem Besuch in der Sowjetunion veröffentlichte er im Jahr 1925 einen Aufsatz, in dem er das bolschewistische Regime stark kritisierte.

„Als jemand der frei vom Horror einer Religion aufgewachsen ist und nichts zu fürchten hatte, sehe ich in der Sowjetunion noch immer zu vieles, was ich verabscheue. Ich bin noch nicht bereit für eine Ideologie, die sich nicht sorgt, wie sehr sie die Freiheit und Sicherheit im täglichen Leben einschränkt, und die willkürlich die Mittel der Verfolgung, der Zerstörung und des internationalen Konfliktes einsetzt. [...] Für einen gebildeten, anständigen und intelligenten Westeuropäer ist es schwierig, seine Ideale hier wiederzufinden.“

Einen Vorteil der Sowjetunion gegenüber dem Westen sah Keynes in der

fast religiösen revolutionären Einstellung, der Verehrung der einfachen Arbeiter und der Abneigung gegen das Profitstreben. Den Versuch, die Mentalität des Geldverdienens zu bekämpfen, war für Keynes eine „fantastische Innovation“. Auch der Kapitalismus hätte nun ein moralisches Fundament abseits der eigennützigen Liebe für das Geld zu finden.

In der Ablehnung des individualistischen Kapitalismus kam für Keynes die Überlegenheit der Sowjetunion gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft zum Ausdruck. Er meinte auch, dass jede sinnvolle wirtschaftspolitische Technik, welche in der Sowjetunion entwickelt worden war, auch im Westen im Rahmen des „neuen Liberalismus“ mit gleichem oder grösserem Erfolg wie in der Sowjetunion umgesetzt werden könne.

Keynes' grosses Vertrauen in staatliche Eingriffe mithilfe sinnvoller Techniken kam im folgenden Vergleich zum Ausdruck, den er Mitte der 1920er Jahre anstellte. Er analysierte darin ein System regulierter Löhne, das der Fairness zwischen den Klassen dienen sollte, mit den am Markt entstehenden Löhnen, die er als „ökonomischen Moloch“ verurteilte.

„Die Wahrheit ist, dass wir uns in der Mitte zwischen zwei ökonomischen Theorien befinden. Die eine sagt, die Löhne sollten auf einem fairen und vernünftigen Niveau fixiert werden, wohingegen der anderen Theorie – jener des „ökonomischen Molochs“ – zufolge die Löhne vielmehr von den harten Fakten abhängen und Ergebnis der ökonomischen Kräfte sein sollten. Die Wirtschaft sollte sich auf ein Gleichgewicht zubewegen, ohne dabei Rücksicht auf die Auswirkungen auf den Einzelnen zu nehmen.“

In der Grossen Depression lehnte Keynes erneut die Idee marktwirtschaftlicher Lösungen für die steigende Arbeitslosigkeit und die schwach ausgelastete Industrie ab, die nach dem Crash von 1929 immer schwerere Ausmassen annahm. In seinen Schriften der 1920er und 1930er Jahre, sprach er sich wiederholt für den „neuen Liberalismus“ und staatliche Deficit Spending Programme aus, welche die Grosse Depression bekämpfen sollten. Sie enthielten auch die Grundlagen der Keynesianischen Revolution, die mit der Veröffentlichung der „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ offiziell eingeläutet werden sollte. Keynes schuf mit diesem Werk eine der grössten Herausforderungen für die freie Marktwirtschaft im 20.

Jahrhundert.

Keynes und der Keynesianismus

Die „Allgemeine Theorie“ wurde am 4. Februar 1936 veröffentlicht. Der Kern der Theorie sollte zeigen, dass eine freie Marktwirtschaft, wenn man diese sich selbst überliess, über keinen automatischen Mechanismus verfüge, um zur Vollbeschäftigung zurückzukehren, sobald sich das System einmal in einer Depression befand.

Keynes' Theorie lag die Vermutung zugrunde, er hätte einen Fehler im Say'schen Gesetz erkannt. Dieses war nach dem französischen Ökonomen Jean-Baptiste Say benannt worden und besagt, dass Individuen produzieren, um konsumieren zu können. Der Einzelne würde entweder für seinen eigenen Bedarf konsumieren, oder um Überschüsse am Markt gegen andere Güter zu tauschen.

David Ricardo, ein Vertreter der klassischen Ökonomie, drückte sich wie folgt aus: „Durch die Produktion wird er entweder zum Konsumenten seiner eigenen Güter, oder aber zum Käufer und Konsumenten der Güter anderer Personen. Güter werden immer mit anderen Gütern oder mit Dienstleistungen gekauft, Geld ist nur das Mittel, das den Tausch ermöglicht.“

Keynes hingegen war der Überzeugung, es sei nicht sicher, dass jene, die Güter oder Dienstleistungen am Markt verkauft haben, den gesamten Erlös, den sie verdient haben, umgehend wieder ausgeben würden. Daher können die Gesamtausgaben geringer ausfallen, als das zuvor entstandene Einkommen. Dies hätte zur Folge, dass die Einkommen, die aus dem Verkauf von Gütern erwirtschaftet würden, geringer ausfallen, als die Kosten der Produktion. Die einzige Möglichkeit bestehe nun darin, die Produktion zu reduzieren und Arbeitsplätze abzubauen, um die Verluste in einer Zeit „schlechter Geschäfte“ zu reduzieren.

Dies trägt laut Keynes jedoch nur zur Verschlechterung der Situation bei, indem Beschäftigung und Output weiter fallen. Die Arbeiter, die entlassen werden, können nun weniger konsumieren, wodurch es aufgrund der fallenden Nachfrage mehr und mehr zu Verlusten in der Privatwirtschaft kommt und letztlich zu weiteren Produktionssenkungen in Verbindung mit einem verstärkten

Abbau von Arbeitsplätzen, was letztlich zu einem noch stärkeren Rückgang der Beschäftigung und der Produktion führt.

Warum aber sollten die Arbeiter keine Lohnsenkungen in Kauf nehmen, um für den Arbeitsmarkt wieder interessant zu werden? Dies würde nach Keynes nicht funktionieren, da die Arbeiter der „Illusion des Geldes“ verfallen seien. Fielen nämlich parallel zu den Löhnen auch die relevanten Preise, so wären die Arbeiter letztlich nicht schlechter gestellt – sie wären nicht von einem Reallohnverlust betroffen; trotz des gefallenen monetären Einkommens. Die Arbeiter jedoch würden hauptsächlich auf die Nominallöhne achten und nicht auf die Reallöhne, weshalb sie oftmals die Arbeitslosigkeit einer starken Reduktion der Nominaleinkommen vorziehen würden.

Wenn die Konsumenten weniger Güter auf dem Markt nachfragen, bedeutet dies zwangsläufig, dass sie mehr sparen. Warum aber sollten diese Ersparnisse nicht in anderer Form, also beispielsweise dazu genutzt werden, Arbeitskräfte zu bezahlen oder Investitionen zu tätigen? Immerhin können die Sparer nun mehr Kapital zu geringeren Zinsen auf dem Markt anbieten. Keynes' Antwort war, die Motive der Sparer und die der Investoren stimmten nicht überein. Zwar könnten sich die Konsumenten entscheiden, einen Teil ihres Einkommens zu sparen und diese Ersparnis auf dem Markt anzubieten. Jedoch könne man nicht mit Sicherheit sagen, dass diese Ersparnisse auch nachgefragt würden, um Investitionen zu tätigen oder neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Da die Zukunft unsicher sei und bereits morgen alles anders sein könne, würden sich die Geschäftsleute in ihrem Verhalten von generellem Optimismus oder Pessimismus leiten lassen, was sich unmittelbar auf ihre Investitionsbereitschaft und damit auf die Kapitalnachfrage auswirke. Ein temporärer Rückgang des Konsums könne durch künftige Konsumwünsche, die erst in der Zukunft realisiert werden sollen, motiviert sein. Die Produzenten können jedoch weder wissen, wann diese Nachfrage tatsächlich eintreten wird, noch welche Güter sie umfasst. Aufgrund dieser Unsicherheiten sanken die Anreize, bereits heute zu investieren.

Komme es nun aus welchen Gründen auch immer zu pessimistischen Erwartungen der Unternehmen, und in weiterer Folge zu einem Rückgang der Kapitalnachfrage, müsse dies einen geringeren Zinssatz zur Folge haben. Dies

sollte nun dazu führen, dass Sparen an Attraktivität verliert und stattdessen mehr konsumiert wird. Während also die Investitionen zurückgehen, sorgt der steigende Konsum dafür, dass die Auslastung von Arbeit und Kapital zunimmt und „Vollbeschäftigung“ herrscht.

Keynes widerspricht dieser Theorie und gründet seine Kritik auf dem „fundamentalen psychologischen Gesetz“ der „Konsumneigung“. Dieses besagt, dass steigendes Einkommen zwar auch zu höheren Konsumausgaben führe, dieser Anstieg jedoch geringer als der des Einkommens ausfalle. Während das Einkommen steigt, würde ein immer grösserer Prozentsatz dessen gespart.

In seiner „Allgemeinen Theorie“ führte Keynes eine Vielzahl an sogenannten subjektiven und objektiven Faktoren an, die seiner Meinung nach die Konsumententscheidungen der Individuen beeinflussen. Zu den „objektiven Faktoren“ gehören unter anderem unerwartete Gewinne, Änderungen des Zinssatzes und veränderte Erwartungen hinsichtlich des Einkommens. Zu den „subjektiven“ Faktoren zählt Keynes Vergnügen, Kurzsichtigkeit, Grosszügigkeit, Fehlkalkulation, Prahlerei und Extravaganz. Die objektiven Faktoren hätten nur geringen Einfluss auf die Gesamthöhe der Ausgaben, dies schliesse auch Änderungen des Zinssatzes mit ein. Die subjektiven Faktoren seien im Wesentlichen konstant, sie werden als Gewohnheiten beschrieben, die abhängig von Rasse, Bildung, Konventionen, Religion, den vorherrschenden Moralvorstellungen und vom Lebensstandard sind.

Keynes zieht daraus den Schluss, dass die Bedürfnisse der Menschen sich nur sehr langsam verändern, da sie in hohem Masse vom sozialen und kulturellen Umfeld abhängig sind. Keynes: „Je mehr wir für künftigen Konsum vorsorgen, desto schwieriger wird es, noch etwas zu finden, wofür wir vorsorgen können.“ Die Befriedigung einer immer höheren Zahl an Bedürfnissen führe zu einem Rückgang der Investitionen, und die Ressourcen der Gesellschaft, den Faktor Arbeit eingeschlossen, drohten die Nachfrage nach deren Nutzung zu übersteigen.

Keynes stellt damit eines der fundamentalsten ökonomischen Konzepte auf den Kopf. Anstatt dass unsere Wünsche stets unsere verfügbaren Mittel übersteigen, befinden wir uns nun in einer Welt der „post-Knappheit“, in der unsere Ressourcen über die benötigten Mittel hinauswachsen.

Die Krise der Gesellschaft ist eine Krise des Überflusses! Je reicher wir werden, desto weniger Arbeit gibt es für uns, da die menschlichen Fähigkeiten, nach immer neuen Wegen zur Verbesserung seines Lebens zu suchen, begrenzt sind. Das ökonomische Problem ist demzufolge, dass es uns zu gut geht.

Aus diesem Grund können die Individuen nicht ausgegebenes Einkommen ansparen, während die Unternehmer sich irrationalen Sorgen um die Zukunft hingeben (Animal Spirits) und dadurch starke Schwankungen in den Investitionen herbeiführen. Die freie Marktwirtschaft ist demzufolge von der ständigen Gefahr von Booms und anschließenden Rezessionen bedroht, die zu Perioden hoher Arbeitslosigkeit und stillstehender Fabriken führen. Das gesellschaftliche Problem besteht demnach darin, dass die Konsumenten zu wenig konsumieren und zu viel sparen, um all jenen eine Beschäftigung zu sichern, die zum bestehenden Marktlohn arbeiten würden, der seinerseits durch die Interessen der Arbeitnehmer geschützt wird, welche keine Lohnsenkungen hinnehmen wollen, auch wenn die Nachfrage zurückgeht.

Nur eine Institution könne einspringen und stabilisierend wirken, um Vollbeschäftigung und ein stabiles Produktionsniveau zu sichern, und zwar der Staat mit seinen zahlreichen geld- und fiskalpolitischen Mitteln.

Staatliche Eingriffe sollten nach Keynes dafür sorgen, die unproduktiven Ersparnisse nutzbar zu machen, indem der Staat Deficit Spending betreibt. Dabei komme es nicht darauf an, welche Ausgaben getätigt würden. Selbst öffentliche Arbeit mit fragwürdigem Nutzen könne sinnvoll sein, so Keynes. Der Bau von Pyramiden, die Beseitigung von Erdbebenschäden und sogar Kriege könnten dazu beitragen, den Wohlstand zu erhöhen, solange sie nur Arbeitsplätze schafften. Es wäre selbstverständlich vernünftiger, beispielsweise Häuser zu bauen; sollte dies jedoch mit Schwierigkeiten behaftet sein, wären die oben genannte Alternativen besser als nichts.

Es könne nicht davon ausgegangen werden, dass der private Sektor Investitionen in vernünftiger Höhe tätigen würde, um für Beschäftigung zu sorgen. Die unsichere Zukunft löse einen Herdentrieb unter den Unternehmen aus, und verursache so unvorhersehbare Phasen von Optimismus und Pessimismus, die zu starken Schwankungen von Produktion und Beschäftigung führten. Glücklicherweise könne die Regierung einspringen. Während die Unternehmer

emotional und kurzfristig handeln, besäße der Staat die Fähigkeit, in aller Ruhe die langfristige Entwicklung und den Wert möglicher Investitionen anhand des „gesellschaftlichen Fortschrittes“ zu bewerten.

Die Regierung, so erwartete Keynes, würde grosse Verantwortung für die direkte Steuerung der Investitionen übernehmen. In der Zukunft würde eine umfassende Sozialisierung der Investitionen die einzige Möglichkeit sein, um das Ziel der Vollbeschäftigung annähernd zu erreichen. Aufgrund rückläufiger Profitabilität künftiger privater Investitionen würde die Gesellschaft „the euthanasia of the rentier“ und „the euthanasia of the cumulative oppressive power of the capitalist“ erleben, der die Kapitalknappheit zu seinem Vorteil ausnutzen könnte. Diese Form der „Sterbehilfe“ an den Zinsempfängern und kapitalistischen Gruppen würde keinen revolutionären Aufstand erfordern. Vielmehr könnten die notwendigen Massnahmen der Sozialisierung schrittweise und ohne den Bruch von gesellschaftlichen Traditionen vollzogen werden.

Das ist der Kerngedanke der keynesianischen Ökonomie.

Keynesianische Wirtschaftspolitik und ihre Konsequenzen

In seinem bekannten Vortrag „National Self-Sufficiency“, den er im Jahre 1933 in Dublin hielt, widerrief John Maynard Keynes seinen bisherigen Glauben an die Vorteile des Freihandels. Er sagte, „Ich sympathisiere eher mit jenen, die internationale Verflechtungen zwischen den Staaten minimieren, als mit denen, die sie maximieren wollen. Wann immer es vernünftig und bequem möglich ist, sollten Güter im eigenen Land produziert werden; vor allem aber sollte der Finanzmarkt überwiegend national ausgerichtet sein.“ Er blieb seiner Verteidigung des Protektionismus in der „Allgemeinen Theorie“ treu. In einem der letzten Kapitel entdeckte er den Wert der merkantilistischen Literatur des 17. und 18. Jahrhunderts, in denen die Autoren Argumente für die staatliche Kontrolle und die Beeinflussung des internationalen Handels und der inländischen Investitionen vorgebracht hatten.

An anderer Stelle in seiner Rede sagte Keynes: „Wir alle haben unsere Vorlieben. Da wir nicht glauben, bereits in Sicherheit zu sein, möchten wir uns alle an unserer Erlösung versuchen. Wir wollen deshalb nicht den Marktkräften bei ihrem Versuch, ein Gleichgewicht im Sinne des Laissez-faire herzustellen,

ausgeliefert sein. Wir wollen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen und uns von den Einflüssen der Aussenwelt befreien.“

Keynes war überzeugt, dass man den Märkten nicht zutrauen sollte, entweder Vollbeschäftigung oder zumindest ein stabiles Beschäftigungsniveau zu gewährleisten. Stattdessen sollten aktive Eingriffe des Staates mit geld- und fiskalpolitischen Mitteln für anhaltende Prosperität sorgen. Wenn dies implizierte, dass der Staat auch als Planer tätig werden sollte, so war Keynes auch für diese Form des Social Engineering offen.

In einem viel zitierten Brief an Friedrich A. von Hayek, schrieb Keynes, er würde tief empfundene Zustimmung für die Argumente Hayeks empfinden, welche dieser in seinem Buch „Der Weg zur Knechtschaft“ präsentiert hatte. Weniger bekannt ist, was Keynes im selben Brief ausserdem noch zu sagen hatte: „Ich möchte klarstellen, dass unser Ziel nicht in keiner oder weniger Planung besteht, sondern beinahe mit Sicherheit in mehr Planung. (...) Moderate Planung wird keine Gefahr darstellen, wenn sich diejenigen, die sie betreiben, mit Herz und Verstand zu moralischen Grundsätzen bekennen. (...) Gefährliche Aktionen können sicher durchgeführt werden in einer Gesellschaft, welche die richtigen Gedanken und Empfindungen aufweist, dieselben Aktionen könnten jedoch einen Weg in die Hölle darstellen in einer Gesellschaft, welche die falschen Gedanken und Empfindungen aufweist.“

Nun stellt sich die Frage wer bestimmen sollte, welche Mitglieder einer Gesellschaft „richtig“ genug denken und fühlen, um ihnen die Macht und Autorität einzuräumen, für den Rest der Gesellschaft zu planen? Wie kann sichergestellt werden, dass diese Macht nicht jenen in die Hände fällt, die „falsch denken oder fühlen“? Und mit welcher Berechtigung könnte man annehmen, dass jene, die angeben, über die richtige Einstellung zu verfügen, auch das notwendige Wissen und die erforderlichen Fähigkeiten besitzen, um wünschenswerte Ergebnisse für die Gesellschaft herbeizuführen?

Wie mehrfach von Kommentatoren angedeutet, zweifelte Keynes nicht im Geringsten an seinem Recht oder seiner Kompetenz, diese Autorität oder diese Fähigkeiten für sich reklamieren zu können. Er gehörte einer britischen Elite an, die sich selbst als den anderen Mitgliedern ihrer Gesellschaft in fast jeder Hinsicht überlegen ansah.

Keynes wohlwollender erster Biograph, Roy Harrod, sagte über Keynes, „er war beseelt von der Idee, dass die britische Regierung in den Händen der intellektuellen Aristokratie war, und mit Überzeugungskraft auch bleiben konnte.“ Der amerikanische Keynesianer Arthur Smithies meinte „Keynes sehnte sich nach einer Welt, in der Geld- und Fiskalpolitik, von vernünftigen Politikern umgesetzt, die Bedingungen für Wohlstand, Gleichheit, Freiheit und vielleicht auch den Frieden schaffen könnten.“

Der Keynesianismus und die Hybris des „Social Engineers“

Im September 1936 bereitete Keynes das Vorwort für die deutsche Ausgabe der „Allgemeinen Theorie“ vor. Keynes hoffte unter den deutschen Lesern auf geringeren Widerstand zu stossen, als unter den englischen, indem er ihnen eine vollständige Theorie der Beschäftigung und der Produktion präsentierte. Die Deutschen hatten nämlich bereits lange zuvor sowohl die Lehren der klassischen Ökonomen als auch jene der jungen Österreichischen Schule abgelehnt. „Wenn ich nur einen einzelnen Bissen zu dem Mahl beitragen kann, das die deutschen Ökonomen, zugeschnitten auf ihre Verhältnisse, zubereiten, bin ich schon zufrieden.“

Was genau waren diese „deutschen Verhältnisse“? Seit mehr als drei Jahren stand Deutschland bereits unter der Herrschaft Hitlers; im Jahre 1936 hatten die Nazis ihre eigene Version der Vierjahrespläne geschaffen. Gegen Ende des Vorwortes teilte Keynes seinen nationalsozialistischen Lesern mit:

„Die Theorie der Gesamtnachfrage, die im Mittelpunkt des folgenden Buches steht, kann sehr viel einfacher an die Verhältnisse eines totalitären Staates angepasst werden, als an die freie Marktwirtschaft und Laissez-faire. Aus diesem Grund halte ich die Bezeichnung meiner Theorie als allgemein für gerechtfertigt. Obwohl ich bei meiner Arbeit besonders die Zustände im angelsächsischen Raum im Blick hatte, wo Laissez-faire-Politik noch immer stark ausgeprägt ist, halte ich meine Theorie auch in Situationen für anwendbar, in denen der staatliche Einfluss stärker ist.“

Es wäre historisch falsch, Keynes als Sympathisanten oder Befürworter des nationalsozialistischen Regimes oder eines anderen totalitären kommunistischen oder faschistischen Systems zu bezeichnen. Sehr wohl erkannte Keynes aber,

dass eine grössere Kontrolle des Staates über die Wirtschaft es vereinfachen würde, die Hebel der Geld- und Fiskalpolitik zu bewegen, um makroökonomische Grössen, wie Produktion, Beschäftigung und die Preis- und Lohnniveaus nach seinen und den Vorstellungen seiner Analysten zu steuern.

Auf welcher moralischen oder philosophischen Grundlage konnte Keynes glauben, dass die Befürworter seiner Politik das Recht oder die Kompetenz hätten, die wirtschaftlichen Interaktionen einer Vielzahl an Menschen auf dem Markt zu steuern? Keynes legt sein moralisches Fundament in „Two Memoirs“ dar, welches 1949 postum, drei Jahre nach seinem Tod erschien. Einer der beiden Texte, aus dem Jahr 1938, handelte von der Entstehung seiner „frühen Überzeugungen“ als junger Mann in Cambridge im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Er war wie viele andere junge Intellektuelle von den Schriften G.E. Moores beeinflusst worden. Vielleicht noch interessanter als die Arbeiten Moores aber waren die Schlussfolgerungen, die Keynes aus ihnen zog.

„Unserer Ansicht nach war einer der grössten Vorteile seiner [Moores'] Religion, dass sie die Moral überflüssig machte. Nur die Geisteshaltungen, unsere eigenen und natürlich die anderer Menschen, wären massgeblich; vor allem aber unsere eigenen. Diese Geisteshaltungen wären unabhängig von Handlungen, Erfolgen oder Ergebnissen. Sie beständen aus zeitlosen, leidenschaftlichen Zuständen der Besinnung und Verbundenheit, kaum abhängig vom „davor“ oder „danach“.“

In diesem Kontext wären traditionelle oder anerkannte ethische oder moralische Vorstellungen bedeutungslos.

„Wir erkannten eine persönliche Verantwortung nicht an, uns allgemeinen Regeln zu beugen. Wir nahmen es für uns in Anspruch, jeden Fall einzeln zu beurteilen, und über die Weisheit, die Erfahrung und die Selbstbeherrschung zu verfügen, um dies erfolgreich tun zu können. Dies war ein bedeutender Teil unserer Überzeugung, die wir eisern vertraten. Wir lehnten die üblichen Moralvorstellungen, Konventionen und althergebrachten Weisheiten ab. Wir waren im strengsten Sinne des Wortes Immoralisten. Wir erkannten keine moralische Verpflichtung an, noch einen inneren Drang, uns anzupassen oder zu gehorchen. Wir wollten über uns selbst bestimmen.“

Keynes verkündete, er und seine Gleichgesinnten würden von nun an die vernünftigen Massnahmen, ihre reinen Motive und ihre guten Absichten in die Tat umsetzen. Im Jahre 1938 erklärte Keynes: „Ich persönlich glaube jedoch, dass es bereits zu spät ist, um noch etwas ändern zu können. Ich bin und werde immer ein Immoralist bleiben.“ Was die Gesellschaft anlangte, in der er immer noch das Recht beanspruchte, uneingeschränkt walten zu dürfen, sagte Keynes: „Zivilisation ist eine dünne und zerbrechliche Schicht, welche durch die Persönlichkeit und den Willen ganz weniger erzeugt wird, und welche nur durch Regeln und Konventionen Bestand hat, die geschickt eingeführt und bewahrt werden.“

In sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten, waren es zwei Annahmen, die Keynes seit seiner Zeit als Student in Cambridge geleitet hatten, und die bereits in einem Artikel aus dem Jahr 1904 mit dem Titel „The Political Doctrines of Edmund Burke“ erschienen waren. „Unsere Fähigkeit, zuverlässige Prognosen abzugeben, ist verschwindend gering, und unser Wissen über die langfristigen Folgen ist so unsicher, dass es selten klug ist, einen heutigen Vorteil für einen zweifelhaften künftigen Gewinn zu opfern. Wir können niemals genug wissen, um dieses Risiko einzugehen.“ Der zweite Grundsatz lautete: „Was unsere Pflicht zu tun ist, hängt immer von den äusseren Umständen ab. Während das Gute beständig ist, verändert sich das Schlechte und nimmt immer neue Formen und Gestalten an.“

Der klassische Liberalismus und die Theorien der klassischen Ökonomen waren dagegen auf zwei Erkenntnissen über den Menschen und die Gesellschaft begründet worden. Erstens gibt es demnach bestimmte Merkmale, die den Menschen zu dem machen, was er ist. Wenn die Gesellschaft harmonisch, friedlich und erfolgreich sein soll, muss der Mensch seine sozialen Institutionen so verändern, dass sie den unvermeidlichen Egoismus der einzelnen Mitglieder in Bahnen leiten, sodass sie nicht nur ihnen selbst sondern auch der Gesellschaft nutzen. Aus diesem Grunde befürworteten sie Institutionen wie das Privateigentum, den freiwilligen Tausch und den friedlichen und freien Wettbewerb. Dann, so hatte es bereits Adam Smith festgestellt, wird der Mensch in einem System natürlicher Freiheiten leben, in dem jedes Individuum seine eigenen Ziele verfolgen kann, und gleichzeitig von der unsichtbaren Hand angeleitet wird, die Bedürfnisse anderer Mitglieder der Gesellschaft zu

befriedigen, als Mittel zur Verbesserung der eigenen Situation.

Zweitens reicht es demnach nicht aus, bei der Beurteilung der Vorteilhaftigkeit sozial- oder wirtschaftspolitischer Massnahmen alleine die kurzfristigen positiven Effekte zu berücksichtigen. Langfristig sorgen die Gesetze des Marktes immer dafür, dass Veränderungen in Angebot oder Nachfrage oder staatliche Eingriffe in die Marktordnung auch Folgen nach sich ziehen werden. Also sollten wir, so wie es schon der französische Ökonom Frédéric Bastiat betonte, nicht nur auf die „sichtbaren“ Auswirkungen der Politik in der kurzen Frist achten, sondern auch auf die „unsichtbaren“ langfristigen Konsequenzen unserer Handlungen und der Politik.

Der Grund warum es sinnvoll ist, die weniger unmittelbaren Effekte zu berücksichtigen, ist die Tatsache, dass die langfristigen Effekte der politischen Massnahmen nicht nur darin scheitern können, Probleme zu beseitigen, sie können die gesellschaftliche Situation sogar noch weiter verschlechtern. Auch wenn die Einzelheiten unserer Zukunft niemals vollständig vorhergesagt werden können, ist es eine Leistung der Ökonomie, uns dabei zu helfen, zumindest vage Formen dieser Zukunft zu erwarten, unterstützt vom Verständnis über die Gesetze des Marktes.

Keynes' Annahmen stehen somit im Widerspruch zu den Erkenntnissen der klassischen Liberalen und der klassischen Ökonomen. Den Schwerpunkt seiner Überlegungen stellen die Vorteile und der Nutzen in der Gegenwart dar, wohingegen längerfristige Beobachtungen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Hayek beklagte dies im Jahr 1941:

„Ich kann den zunehmenden Fokus auf kurzfristige Effekte nicht länger bloss als ernsten und gefährlichen intellektuellen Fehler verstehen, sondern als einen Verrat an der grössten Pflicht eines Ökonomen und als grosse Bedrohung für unsere Gesellschaft. Früher wurde es als die Pflicht und das Privileg eines Ökonomen angesehen, die langfristigen Entwicklungen zu betonen, die dem ungeübten Beobachter leicht entgehen können. Mit den unmittelbaren Auswirkungen sollten sich besser die Praktiker beschäftigen, die ohnehin nichts anderes erkennen würden. Es verwundert nicht, dass Keynes' Ansichten bereits von den Merkantilisten und einigen begabten Laien vertreten worden waren. Die Analyse oberflächlicher Phänomene stand in unserer Disziplin immer am Beginn

wissenschaftlicher Arbeit. Wird uns nicht immer gesagt, die Politik solle sich ausschliesslich an der kurzen Frist orientieren, da wir „langfristig alle tot seien“? Ich fürchte, dass der Wunsch jener, die das Prinzip „Nach uns die Sintflut“ vertreten, schneller erfüllt sein wird, als ihnen dies lieb ist.“

Wenn nun jede Aktion und jede politische Massnahme im Kontext sich ständig ändernder Umstände zu entscheiden sind; wie und von wem sollten diese Entscheidungen dann getroffen werden? Derartige Entscheidungen müssten auf den Geisteshaltungen der Politiker beruhen, die Traditionen, Gewohnheiten, Moralvorstellungen, Regeln und die alten Gesetze des Marktes völlig missachten. Ob sie im Recht sind oder nicht, bleibt dann unabhängig von objektiven Standards ihrer Leistungen und Ergebnisse.

Stattdessen sollten sie sich von „zeitlosen, leidenschaftlichen Zuständen der Besinnung, unabhängig von der Vergangenheit oder der Zukunft“ leiten lassen. Die guten Absichten der Entscheidungsträger sollten ihnen als Wegweiser dienen. Kein gewöhnlicher Bürger sollte ihre Handlungen oder Erfolge kritisieren. „Wir wollten die Richter in unserer eigenen Sache sein.“ So Keynes.

Dies ist eine elitäre Ideologie des Nihilismus. Die selbsternannten Angehörigen der Elite zeichnen sich durch ihre Selbstgefälligkeit aus, die Zwangsjacke der Konformität, der Gewohnheit und des Gesetzes abgelegt zu haben. Für Keynes war die Zivilisation, wie hier beschrieben, eine instabile Hülle, welche die „Animal Spirits“ der irrationalen und gewöhnlichen Menschen überdeckte. Ihre Existenz war eigentlich nur auf die „Persönlichkeit und den Willen Weniger“, zu denen er gehörte, zurückzuführen und wurde durch „geschickt eingeführte und bewahrte Regeln und Konventionen“ gesichert.

Die Gestaltung der Gesellschaft sollte jenen „Auserwählten“ überlassen werden, die über den passiven Routinen der Massen standen. Hier kam die Hybris des Social Engineers, des selbst ernannten Königs der Philosophen, zum Ausdruck, der manipulativ und tückisch die Gesellschaft, mit all ihren Mitgliedern, steuerte und mit ihr experimentierte. Aus diesem Grund hatte Keynes auch kein Problem damit seine „Allgemeine Theorie“ den Nationalsozialisten zu empfehlen. Seine Konzeption einer Gesellschaft, die vom „Charakter und dem Willen Weniger“ erhalten wurde, hatte erstaunliche Ähnlichkeiten mit dem Führerprinzip, das vorsah, das Volk uneingeschränkt durch „den Einen“ leiten zu lassen.

Keynesianische Theorie und das Say'sche Gesetz

In seinem Vorwort zur „Allgemeinen Theorie“ schrieb John Maynard Keynes, die Zusammensetzung dieses Buches wäre für ihn wie eine Flucht gewesen; eine Flucht vor den konventionellen Denk- und Ausdrucksweisen. Keynes versuchte, dem Common-Sense Fundament der Ökonomie zu entkommen. Von Adam Smith bis hin zu den Österreichern hatte sich die Ökonomie zu einer Wissenschaft des menschlichen Handelns und der Logik menschlicher Entscheidungen entwickelt. Nach mehr als zweihundert Jahren begannen die Ökonomen zu verstehen, dass alles was in einer Gesellschaft oder auf dem Markt geschieht, mit den Handlungen und den Entscheidungen Einzelner beginnt. Der Markt ist tatsächlich nichts anderes, als die Summe der Interaktionen von Individuen, die auf ihm zusammentreffen, um zum Vorteil aller Handel zu treiben.

Jeder Mensch hat unterschiedliche Ziele, die er erreichen möchte. Um die gewünschten Güter zu produzieren, muss er sich verschiedenster Mittel bedienen. Unglücklicherweise erkennt er jedoch, dass die ihm zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen, um all seine Bedürfnisse zu befriedigen. Er ist mit einer Welt der Knappheit konfrontiert und mit der Notwendigkeit, aus mehreren Alternativen jene mit dem höchsten Nutzen zu wählen. Diese höher bewerteten Ziele kann er erreichen, alle übrigen bleiben unerfüllt.

In dieser Situation sucht der Mensch nach Möglichkeiten, seine Situation zu verbessern. Er stellt fest, dass andere Menschen ebenfalls nicht all ihre Bedürfnisse stillen können und erkennt, dass sie oft Güter besitzen, die für ihn wertvoller sind, als seine eigenen – und umgekehrt. Dies ermöglicht freiwillige Tauschgeschäfte, von denen beide profitieren können.

Welchen Tauschwert werden die jeweiligen Güter haben? Dieser entsteht durch Verhandlungen auf dem Markt. Schlussendlich werden sich die beiden Parteien auf die Bedingungen des Geschäftes einigen und einen Preis festlegen, zu dem sie ein Gut gegen ein anderes tauschen; eine bestimmte Zahl an Äpfeln für eine andere an Birnen, einige Scheffel Weizen für ein paar Pfund Fleisch oder x Schuhe gegen y Anzüge.

Der Handel wird zu einem regulären Prozess, mithilfe dessen die Menschen

durch Käufe und Verkäufe ihre eigene Situation verbessern können. Da sie die Vorteile aus dem Handel wertschätzen, beginnen sie sich auf die Produktion einer gewissen Anzahl an Produkten oder Dienstleistungen zu spezialisieren und schaffen dadurch ein System der Arbeitsteilung, in dem jeder eine Nische zu finden versucht, in der er oder sie einen komparativen Vorteil hat. Während der Markt immer grösser wird, nimmt die Konkurrenz zu, und jeder Marktteilnehmer versucht nun, den günstigsten Preis als Konsument und Produzent zu erreichen. Die Preise, zu denen die Güter gehandelt werden, reflektieren in zunehmendem Masse die konkurrierenden Angebote vieler Marktteilnehmer auf beiden Seiten des Marktes.

Je komplexer das Tauschnetzwerk wird, desto schwieriger gestalten sich Barter-Transaktionen, also Tausche von Gütern gegen andere Güter. Anstatt frustriert zu sein, keine geeigneten Handelspartner zu finden, beginnen die Individuen irgendein physisches Gut als Tauschmittel einzusetzen. Zuerst tauschen sie ihre Produkte gegen dieses Tauschmittel, welches sie anschliessend nutzen, um die gewünschten Güter auf dem Markt zu kaufen. Sobald dieses eine Gut allgemein akzeptiert und für die meisten Transaktionen, mögen es auch nicht alle sein, genutzt wird, so wird dieses Gut zum Geld.

Es sollte einleuchtend sein, dass, obwohl alle Transaktionen mithilfe von Geld abgewickelt werden, letztlich Güter gegen Güter getauscht werden. Der Schuhmacher produziert Schuhe und verkauft diese gegen Geld an jene die Schuhe benötigen. Der Schuhmacher kauft sich mit diesem Geld die Lebensmittel, die er konsumieren möchte. Wenn er nicht zuerst aus dem Verkauf von Schuhen ein gewisses Einkommen erwirtschaftet hat, kann er sich auch keine Lebensmittel kaufen. Letztlich war die Produktion von Schuhen für ihn ein Mittel, um seine Nachfrage nach Lebensmitteln zu befriedigen.

Dies ist die Aussage des Say'schen Gesetzes. Jean-Baptiste Say bezeichnete es als „Gesetz der Märkte“, dass man nicht konsumieren könne, ohne zuerst produziert zu haben; dass man nicht nachfragen könne, wenn man nicht zuerst etwas angeboten habe. Die Nachfrage nach den von uns produzierten Gütern hängt von deren Preis ab. Je höher der Preis ist, desto geringer ist, ceteris paribus, die Nachfrage. Je weniger wir verkaufen, desto geringer ist unser Einkommen, und je geringer unser Einkommen, desto weniger Mittel stehen uns zur Verfügung, um Güter auf dem Markt zu kaufen. Wenn wir

also unsere gesamte Produktion absetzen möchten, so muss der Preis gerade so niedrig sein, dass das gesamte Angebot auch nachgefragt wird. Wird der Preis zu hoch angesetzt, so bleiben bei gegebener Nachfrage Güter und Arbeitskraft übrig, die nicht verkauft bzw. nicht nachgefragt werden können.

Durch Preissenkungen hingegen können wir die Nachfrage nach unseren Produkten erhöhen und mehr unserer Güter oder unserer Arbeitsleistung verkaufen. Indem wir mehr verkaufen und unser monetäres Einkommen erhöhen, können wir im Gegenzug grössere Mengen an Gütern auf dem Markt einkaufen.

Manchmal jedoch führen Preissenkungen zu keinem ausreichenden Anstieg der nachgefragten Menge, um unser Einkommen zu erhöhen. Wenn wir den Preis senken, kann dies auch zur Folge haben, dass unsere Einnahmen und unsere Gewinne sinken. Aber auch dies ist ein Gesetz des Marktes: Der Wert unseres Angebotes entspricht dem, was unsere Konsumenten zu zahlen bereit sind. In diesem Falle ist es ein Signal des Marktes, das uns zeigt, dass unsere Güter oder Dienstleistungen nicht sonderlich stark nachgefragt werden.

Dieses Signal des Marktes weist uns darauf hin, dass es Güter gibt, welche für die Konsumenten einen höheren Wert haben, und dass unsere Produkte in der Nische, die wir in einem arbeitsteiligen System gewählt haben, nicht so viel wert sind wie erhofft. Der Markt zeigt uns hiermit, dass wir unsere produktiven Kräfte auf jene Bereiche lenken sollten, die stärker nachgefragt werden und in denen unsere Fähigkeiten einen höheren Wert entfalten können.

Kann es passieren, dass die Konsumenten nicht ihr gesamtes Einkommen ausgeben? Kann der Fall eintreten, dass ein Teil des Geldes „gehörtet“ und daher nicht nachfragewirksam wird und es aus diesem Grund keine alternative Produktionsmöglichkeit gibt? Wäre dies ein Fall, in dem die „aggregierte Nachfrage“ nicht gross genug ist, um das „aggregierte Angebot“ aufzukaufen?

Die Antwort auf diese Frage wurde bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts vom englischen klassischen Ökonomen John Stuart Mill in einer Verfeinerung des Say'schen Theorems vorgestellt. In einem Aufsatz mit dem Titel „Of the Influence of Consumption on Production“ erklärte Mill, dass, solange es unerfüllte Bedürfnisse gebe, auch mehr Arbeit getan werden müsse. Sofern die Produzenten ihr Angebot an die tatsächliche Nachfrage nach ihren Gütern

anpassen und solange sie zu einem Preis anbieten, den die Konsumenten zu zahlen bereit sind, könne es keine Unterauslastung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital geben. Ein gleichzeitiges Überangebot an allen Gütern könne es demzufolge nicht geben.

Mill gibt aber auch zu, dass es Zeiten geben könne, in denen die Individuen entscheiden könnten zu „horten“, oder anders ausgedrückt, einen grösseren Teil ihres Einkommens zu sparen als üblich. In diesem Fall sei das Resultat nicht ein „Superangebotsüberschuss“ für alle Güter, sondern tatsächlich ein „Superangebotsüberschuss“ an allen Gütern relativ zum Geld.

Wenn wir also anerkennen, dass Geld wie alle anderen Güter eine Ware ist, für die es ein Angebot und eine Nachfrage gibt, dann kann es zu Situationen kommen, in denen die Nachfrage nach Geld stärker steigt als die Nachfrage nach anderen Gütern, die man mit Geld kaufen kann. Es entsteht ein Überangebot an Gütern gegenüber dem Gut Geld, welches nun verstärkt nachgefragt wird.

Um ein Gleichgewicht auf dem Markt für die anderen Güter, nach denen eine geringere Nachfrage besteht (beispielsweise dann wenn die Nachfrage nach Geld steigt, während die Nachfrage nach allen anderen Gütern fällt), herzustellen, müssen die Preise für diese Güter fallen. Die Preise für viele Güter werden nun fallen, und zwar bis zu jenem Punkt, an dem die Anbieter von Gütern und Dienstleistungen ihre Güter absetzen können. Ausreichende Flexibilität der Preise in Bezug auf Änderungen der Nachfrage werden immer sicherstellen, dass alle die Güter oder Arbeit anbieten auch auf Nachfrage stossen werden. Auch das ist ein Gesetz des Marktes.

Die Befürworter freier Märkte, sowohl vor als auch nach Keynes, haben niemals bestritten, es könne Situationen von Massenarbeitslosigkeit und Unterauslastung der Produktionskapazitäten geben. Wenn eine derartige Situation aber entstehe, dann sei dies das Verschulden der Anbieter, die es verpassen, die Preise ihrer Güter an die Nachfrage der Konsumenten nach Gütern bzw. Geld anzupassen – oft aufgrund verzerrender politischer Gesetze und Interventionen. Korrekte Preise garantieren immer Vollbeschäftigung und stellen sicher, dass die Nachfrage auch ihr Angebot schaffe. Korrekte Preise gewährleisten immer die Harmonie der Märkte.

Dieses war das Gesetz der Märkte, dem Keynes so verzweifelt zu entkommen suchte.

Welche Konzeption des Menschen, der Märkte und der Moral sollen wir wählen?

Eine dynamische, wachsende und anpassungsfähige Marktwirtschaft erfordert eine Vielzahl an Institutionen. An erster Stelle steht das Privateigentum, gemeinsam mit dem Preismechanismus, welcher auf der Konkurrenz auf den beiden Seiten der Märkte für Endprodukte und Produktionsfaktoren beruht. Marktpreise ermöglichen den intellektuellen Prozess der Kalkulation, durch welche die relativen Werte und Kosten aller gehandelten Güter determiniert werden, um deren bestmöglichen Einsatz zu gewährleisten.

Der Wettbewerb der Anbieter und der Nachfrager untereinander, die Struktur der relativen Preise für Güter und Produktionsfaktoren, die unternehmerische Kreativität und ständige Wachsamkeit als Ergebnis der Gewinnmöglichkeiten, und die Flexibilität und Mobilität der Produktionsfaktoren angesichts sich ändernder Umweltbedingungen sichern gemeinsam die effektive Kooperation in unserer Gesellschaft.

Keines dieser Elemente kann jedoch auf lange Sicht ohne die notwendigen philosophischen und moralischen Prinzipien erhalten bleiben. Diese müssen, losgelöst vom Markt mit seinem Angebot und seiner Nachfrage, auf einem Verständnis vom Menschen, den Bedingungen des Menschseins und einer guten Gesellschaft aufgebaut sein.

Hat der Mensch das Recht an seinem eigenen Leben, auf Freiheit und ehrlich erworbenes Eigentum? Nehmen wir an, der Mensch sei ein vernunftbegabtes und vernünftig agierendes Wesen, das imstande ist, über sein eigenes Leben zu bestimmen? Sollten menschliche Beziehungen auf freiwilligen Entscheidungen und gegenseitigen Vereinbarungen zwischen den Menschen basieren? Sollen wir jedem Individuum gestatten, sein eigenes Leben selbst zu planen und seine Handlungen mit denen anderer durch kompetitive Transaktionen auf dem freien Markt zu koordinieren? Sollen wir die Rolle und den Einfluss des Staates auf den Schutz der Rechte des Einzelnen, also vor Raub und Zwang, beschränken?

Oder akzeptieren wir Keynes' Menschenbild? Jenes einer irrationalen Kreatur, geleitet von „Animal Spirits“, der man nicht zutrauen kann, intelligente Entscheidungen in Hinblick auf die Gegenwart oder die Zukunft zu treffen, und die eine intellektuelle und politische Elite von Managern und Manipulatoren benötigt, die „Regeln und Konventionen geschickt einsetzen und bewahren“, um jene zu kontrollieren, denen man nicht zutrauen kann, frei von einem paternalistischem Aufseher zu sein.

Welches dieser beiden Menschenbilder sich durchsetzt wird die Zukunft der Menschheit bestimmen; nicht nur in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, sondern über viele Jahre und Generationen.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2012, Liberales Institut.